

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmitt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

40. Jahrgang / 157

20. August 1985

Anke Fuchs MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik, setzt sich mit der Familienpolitik von Heiner Geißler auseinander: Der große Bluff. Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, plädiert für die politische Unterstützung von Greenpeace: Mitterrand soll Atomtests einstellen. Seite 4

Karsten D. Voigt MdB, Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, würdigt Leben und Werk von Walter Polkehn. Seite 5

Lieselott Blunck MdB trifft Feststellungen zu einer PR-Offensive der chemischen Industrie: Hände weg vom DDT-Gesetz. Seite 6

Der große Bluff

Feststellungen zur Familienpolitik der Bundesregierung

Von Anke Fuchs MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Bundesregierung und Koalition den Familien in unserem Land den Beginn einer epochalen Wende für die Familie verkünden. Da heißt es: Diese Bundesregierung habe „die Familien mit Kindern aus dem sozialen Abseits herausgeführt, in das sie SPD-geführte Bundesregierungen gebracht hätten“. Oder: Keine Bundesregierung habe „zuvor in einer Legislaturperiode so viel zur Verbesserung der Familienpolitik beigetragen wie die Regierung unter Bundeskanzler Kohl“. Und zugleich wird stolz auf ein zehn Milliarden DM schweres Familienpaket verwiesen, das diese Regierung beschlossen habe.

Das propagandistische Trommelfeuer von Regierung und Koalitionen mag manchen beeindrucken. Mit der Wirklichkeit stimmt es jedoch nicht überein. Bei näherer Betrachtung erweist sich das Ganze als großer Bluff, der die bisherigen Missetaten für die Familien vergessen lassen soll.

Erinnern wir uns: Es ist noch keine zwei Jahre her, daß die deutschen Familienorganisationen erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ein familienpolitisches Not- und Sofortprogramm vorgelegt haben. Der vorangegangene und drohende Sozialabbau brachte viele Familien in wirtschaftliche Not. Der Präsident des Familienbundes der deutschen Katholiken, Professor Simon, drückte dies in einem Interview in der Augsburger Zeitschrift „Weltbild“ so aus: „... Die bisherige Familienpolitik (ist) für uns eine schmerzliche Enttäuschung... Sie ist auf wirtschaftlichem Gebiet sogar eindeutig schlechter als die der sozial-liberalen Koalition.“ Auch die deutschen Bischöfe übten in einer Erklärung vom 7. September 1983 heftige Kritik an dem Sozialabbau zu Lasten der Familie.

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreisloser Umweg
nur umsonst
Rechtlicher
Bezugspunkt



Die Bundesregierung möchte diese Vergangenheit gern verdrängen. Aber Tatsache bleibt: Noch niemals zuvor wurden die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien so verschlechtert wie durch die Haushaltsbegleitgesetze 1983 und 1984:

- Der Bafög-Kahlschlag führte in vielen Fällen dazu, daß eine geplante Ausbildung unterbleiben mußte. Die wirtschaftliche Belastung der Familien in den Jahren 1983 bis 1985 beträgt insgesamt rund 1,5 Milliarden Mark.
- Die einkommensabhängige Kürzung beim Kindergeld, die den Einstieg in die unsozialen Kinderfreibeträge öffnete, führte zu Einsparungen von 2,94 Milliarden Mark (1983 bis 1985).
- Die Leistungen der Sozialhilfe wurden über Jahre real abgebaut, indem die fälligen Anpassungen der Regelsätze unterblieben oder „gedeckt“ wurden. Allein durch die bereits 1982 auf Betreiben der CDU-Mehrheit im Bundesrat erfolgte Senkung der Sozialhilfeleistungen und durch die Verschiebung der Anpassung im Jahre 1983 wurden die Sozialeinkommen um über 2,1 Milliarden Mark belastet (1982 bis 1985).
- Besonders negativ schlug sich auch die Kürzung des Mutterschaftsurlaubsgeldes von früher 750 auf 510 Mark monatlich nieder. Die Gesamtbelastung der Familien in den Jahren 1984 und 1985 lag bei 725 Millionen Mark.
- Von den zahlreichen Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung wirkte sich besonders die Verschärfung des Zugangs zu den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten familienfeindlich aus. Viele Hausfrauen verloren ihren Invaliditätsschutz, den sie vorher auch bei Unfällen im Haushalt durch eine freiwillige Beitragszahlung sicherstellen konnten.

Die Liste des Sozialabbaus der letzten Jahre zu Lasten der Familie könnte um weitere Leistungskürzungen verlängert werden. Vor allem die gravierenden Kürzungen bei den Lohnersatzleistungen der Arbeitslosenversicherung hat viele Familien in wirtschaftliche Not getrieben und die Sozialhilfekassen der Kommunen zusätzlich belastet.

III.

Dies soll nun alles vergessen sein, indem ab 1. Januar 1986

- die steuerlichen Kinderfreibeträge und der Ausbildungsfreibetrag angehoben werden, was vor allem höheren Einkommensbezieher zugute kommt,
- für Einkommensschwächere ein Kindergeldzuschlag von bis zu 46 Mark monatlich gezahlt wird,
- künftigen Rentnerinnen ein Babyjahr gutgeschrieben wird und
- ein Erziehungsgeld von 600 Mark monatlich gezahlt werden soll.

Die Bundesregierung geht zur propagandistischen Gegenoffensive über. Die soziale Schlagsseite ihrer Politik stört sie dabei ebensowenig wie die schlichte Tatsache, daß die Kürzungen im Familienbereich weit über das hinausgehen, was den Familien mit Kindern ab 1. Januar 1986 an zusätzlichen Leistungen zugestanden wird. Dies hat Alfred Rollinger, der Vizepräsident des Familienbundes der Deutschen Katholiken, in der August-Ausgabe der „Stimme der Familie“, dem Mitteilungsblatt des Familienbundes, noch einmal ausführlich dargestellt.



Die Bundesregierung behauptet, für die Familie werde jetzt mehr ausgegeben als zu sozial-liberalen Zeiten. Damit sagt sie aber schlicht die Unwahrheit. Denn Tatsache ist: Rechnet man die Ausgaben für die familienpolitischen Leistungen (Kindergeld, Erziehungsgeld) mit den steuerlichen Mindereinnahmen durch Kinderfreibeträge und Ausbildungsfreibeträge zusammen, so wird 1988 der Stand von 1981, dem letzten vollen Jahr der sozial-liberalen Koalition, erreicht. Wurden 1981 für diese familienpolitischen Maßnahmen 24,13 Milliarden Mark aufgewendet, werden es nach eigenen Angaben der Bundesregierung im Jahr 1988 wiederum rund 24 Milliarden sein. Was als sozialpolitisches Füllhorn für die Familie gepriesen wird, erweist sich in Wirklichkeit als Wahrung des Standes von 1981.

Die-regierungsamtlichen Nebelwerfer können auch folgende Tatsache nicht aus der Welt schaffen: Das finanzielle Volumen der familienpolitischen Maßnahmen steigt im Zeitraum von 1982 bis 1988 um circa 14,5 Prozent. Vergleicht man diesen Zeitraum mit dem gleich langen Zeitraum der sozial-liberalen Koalition von 1976 bis 1982, so kommt man auf eine Steigerung von 16 auf 21,1 Milliarden Mark, also auf insgesamt 31,9 Prozent.

IV.

Wir Sozialdemokraten haben keinen Anlaß, die familienpolitischen Leistungen unserer Regierungszeit unter den Scheffel zu stellen. Noch nie zuvor wurde das Kindergeld so häufig, so gezielt und so wirksam erhöht wie in den Jahren der sozial-liberalen Koalition. Anpassungen des Wohngeldes, der Ausbildungsförderung, steuerliche Entlastungen, die Einrichtung von Unterhaltsvorschußkassen, das Gesetz über den Mutterschaftsurlaub, die Freistellung bei der Erkrankung eines Kindes und die Bereitstellung von Beratungshilfen für die Eltern waren wesentliche Schritte zum Abbau von Chancenungleichheiten und zur Förderung der Familie.

Wir Sozialdemokraten werden uns auch künftig in unserer Politik nicht beirren lassen: Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien verbessern und die Interessen von Familien besser berücksichtigen - das sind die beiden Orientierungspunkte unserer Familienpolitik. Unser Ziel bleibt, die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen dafür zu schaffen, daß ein freies und selbstverantwortlich gestaltetes Zusammenleben der Menschen in Familien möglich ist. (-/20.8.1985/rs/ks)

+ + +



Mitterrand soll Atomtests einstellen

Protestaktion der Pazifikstaaten und der Greenpeace-Organisation gegen französische Atomtests verdient politische Unterstützung

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Von Tag zu Tag spitzt sich der Konflikt über die französischen Atomtests auf dem Moruroa-Atoll im Pazifik zu: Nach den Erklärungen Präsident Mitterrand will sich Frankreich von niemandem an der Fortsetzung der Atomtests im Pazifik hindern lassen, und notfalls auch mit Waffeneinsatz die Protestaktion des „Greenpeace“-Schiffes unterbinden. Diese Erklärungen erfolgen ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, da große Teile der französischen Öffentlichkeit empört und beschämt sind über den offensichtlich von französischen Geheimdienstlern verübten mörderischen Anschlag auf das „Rainbow-Warrior“-Protestschiff. Nach meiner Auffassung wäre es gerade nach diesen Vorfällen angemessener, wenn Frankreich sein starres Festhalten an Atomtests aufgeben würde - statt drohende Positionen gegenüber dem Protest gegen seine Atomtests einzunehmen.

Auch wir in der Bundesrepublik sollten nicht so tun, als ginge uns dieser Konflikt nichts an. Wir haben von den USA und von der Sowjetunion verlangt, ihre Atomwaffenversuche einzustellen und dies vertraglich festzuschreiben. Wir sind für einen vollständigen Atomteststopp. Deshalb muß auch gerade jetzt Frankreich aufgefordert werden, seine Atomversuche einzustellen.

Gerade als mit Frankreich sicherheitspolitisch vertraglich besonders verbundenes Land sollte die Bundesrepublik klar sagen, daß die Fortsetzung auch der französischen Atomtests nicht zu billigen ist.

1977 veröffentlichte François Mitterrand einen Grundsatzbeitrag mit der Überschrift „Eine Strategie für die Abrüstung“. Als Politik für eine von ihm geführte sozialistische Regierung formulierte er darin: „Frankreich wird seine Nuklearversuche einstellen.“ Auch wenn Staatspräsident Mitterrand davon offenbar heute nichts mehr wissen will, so ist es doch angebracht, ihn gerade jetzt daran zu erinnern.

Die Protestaktionen der Pazifikstaaten und der Greenpeace-Aktion gegen die französischen Atomtests im Pazifik verdienen unsere politische Unterstützung. Ohne solche Protestaktionen hätte Frankreich 1975 seine Atomversuche im Pazifik, die damals noch in der Atomsphäre stattfanden, nicht eingestellt. Aber auch die Fortsetzung der unterirdischen Atomversuche auf dem Moruroa-Atoll wird von den süd-pazifischen Staaten als Beeinträchtigung ihres Lebensrechts empfunden.

Das Festhalten der französischen Versuche ist völkerrechtlich fragwürdig und die Begründung dafür wenig glaubhaft: Es wird behauptet, von den unterirdischen Tests gingen keine Schadenswirkungen aus. Einer Antwort ist die französische Regierung aber immer ausgewichen, wenn sie gefragt wurde weshalb sie die Tests dann nicht in einem Bergstollen in den Pyrenäen statt im südlichen Pazifik durchführt.

(-/20.8.1985/rs/ks)

+ + +



Zum Tod von Walter Polkehn

Wegweisende Arbeit für die deutsch-polnische Verständigung

Von Karsten D. Voigt MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Walter Polkehn hat die schwere Krankheit in seinen letzten Lebensmonaten mit bewundernswürdiger Stärke und andauerndem Lebensmut ertragen. Wir alle, die wir ihn als Politiker und Freund erlebt haben, verneigen uns vor ihm. Für uns Jüngere wird er stets ein großes Vorbild bleiben. Er verband wichtige politische Arbeit mit großer persönlicher Bescheidenheit.

Mit dem Tod von Walter Polkehn verliert die SPD ein Mitglied, dessen Leben und Arbeit ganz im Dienst der Friedens- und Entspannungspolitik stand. Selbst Ostpreuße, hat Walter Polkehn seine politische Arbeit und seine Tätigkeit als Abgeordneter darauf konzentriert, die Aussöhnung mit unserem Nachbarvolk Polen Wirklichkeit werden zu lassen. Er hatte sich zur Aufgabe gesetzt, den im Warschauer Vertrag von 1970 vorgezeichneten Rahmen mit Leben zu füllen. Ohne die Geschehnisse während der deutschen Besetzung Polens im Zweiten Weltkrieg und die Verbrechen am polnischen Volk zu verdrängen, wollte er die Erinnerung an eine schlimme Vergangenheit als Motiv für die Gestaltung einer besseren Zukunft nutzen.

Walter Polkehn wußte, daß der Frieden in Europa nur gewährt werden kann, wenn über die Blockgrenzen hinweg Völker aus ihrer Geschichte lernen - und sei dies noch so schmerzhaft. Walter Polkehn war sich bewußt, daß ein solcher Prozeß nur mit dem Aufbau einer neuen gegenseitigen Vertrauensbasis möglich war.

Walter Polkehns besonderes Verdienst lag darin, daß er auch in der Zeit der innenpolitischen Krise in Polen das Ziel der deutsch-polnischen Verständigung nie aus den Augen verloren hat. Genauso wie er sich zäh und unermüdet für die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk eingesetzt hat, so hat er sich um jeden Einzelfall, sei es bei Auswanderungswünschen oder Familienzusammenführungen, gekümmert, um Lösungen zu finden, die dem Menschen dienen. Sein Wirken hat dazu beigetragen, daß die SPD-Bundestagsfraktion sich 1979 entschloß, auch formal einen „Gesprächskreis Polen“ einzurichten, dem Walter Polkehn vorstand.

Walter Polkehn hat mit seiner unermüdeten Pflege der deutsch-polnischen Verständigung, seiner umsichtigen Kontaktaufnahme und Kontaktvermittlung, seinen Aktivitäten und Initiativen mehr erreicht, als manches offizielle Kommuniqué. In der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen gibt es viele, die die Kluft zwischen beiden Völkern vertieft haben, und nur ganz wenige, die so wie Walter Polkehn ihre Aufgabe darin sahen, diese Kluft durch Brücken zu überwinden.

Wir Sozialdemokraten werden Walter Polkehn und seiner Arbeit stets ehrend gedenken. Das polnische Volk kann sich darauf verlassen, daß Geist und Wirken Walter Polkehns die Arbeit der gesamten SPD-Bundestagsfraktion weiter bestimmen wird.

(-/20.8.1985/va/ks)

+ + +



Hände weg vom DDT-Gesetz!

Feststellungen zu einer PR-Offensive der chemischen Industrie

Von Lieselott Blunck MdB
Mitglied des Arbeitsbereichs „Umweltschutz“ der SPD-Bundestagsfraktion

Will die chemische Industrie das DDT-Gesetz kippen? Diese Frage stellt sich automatisch, wenn man die aufwendige, bundesweite Anzeigenkampagne untersucht, mit der die chemische Industrie in diesen Wochen unter der Überschrift „DDT schützt vor Malaria. Müssen wir unsere Kinder vor DDT schützen?“ die Werbetrommel für das außerordentlich gefährliche Schädlingsbekämpfungsmittel DDT rührt.

Unter einem Foto mit einem smarten Vati, der schützend sein herziges Kindchen auf dem Arm trägt, „informiert“, die chemische Industrie über die Segnung von DDT als Wundermittel gegen die Malaria, nicht ohne in vermeintlicher Sachlichkeit auch auf die Gefahren hinzuweisen, die mit der Anwendung dieses Mittels für Mensch, Tier und Umwelt verbunden sind. Schließlich können auch die Verbandsfunktionäre nicht an der Tatsache vorbei, daß DDT-Rückstände von der Arktis bis zur Antarktis festgestellt wurden und daß DDT in der Muttermilch ebenso wie im Fettgewebe von Mensch und Tier gespeichert wird.

Diese schlimme Belastung von Mensch und Umwelt hat schließlich auch zum Verbot von DDT im Jahre 1972 geführt. Es darf seitdem bei uns nicht mehr hergestellt, eingeführt, ausgeführt, in den Verkehr gebracht, erworben und angewendet werden.

Diese eindeutige gesetzliche Regelung will die chemische Industrie offenbar jetzt zu Fall bringen. Anders lassen sich die Lobeshymnen auf DDT als „die Lösung des Malaria-Problems“ und als „ein Weg aus dem Hunger“ nicht begreifen. Dabei verschweigt sie in ihren Anzeigen geflissentlich, daß sich in den Ländern der Dritten Welt schon längst DDT-resistente Schädlinge entwickelt haben, gegen die nun mit umso stärkeren Mitteln vorgegangen werden muß. Was nutzt es da, wenn zwar der Malaria zu Leibe gerückt wird, die dabei verwendeten Stoffe aber andere Schädigungen beim Menschen und bei der Umwelt hervorrufen!

Gerade die Belastung der als Nahrung unverzichtbaren Muttermilch mit DDT ist ein großes gesundheitliches Risiko für die Kinder in der Dritten Welt. Die Muttermilch enthält besondere Schutzfaktoren für das Kind, die künstlich nicht herzustellen sind. Eine gleich hohe Qualität kann durch industriell gefertigte Babynahrung nicht erreicht werden. Würde die Muttermilch als Nahrungsmittel wegen zu hoher Vergiftung ausfallen, wäre für die Kinder in der Dritten Welt der Weg in den Hunger erst recht vorgezeichnet.

Sicherlich, gesundheitliche Folgen durch die jahrelange Höchstbelastung mit DDT wurden noch nicht abschließend festgestellt. Aber auch der Gegenbeweis, daß durch DDT keine Gesundheitsschäden hervorgerufen werden, ist noch nicht geführt worden. Die deutschen Chemie-Manager erweisen sich mit ihrer Anzeigenkampagne einmal mehr als Meister der Verharmlosung und Vereinfachung. Sie liegen damit ganz auf der Linie, die für Verantwortliche in diesem Industriebereich weltweit - siehe den jüngsten Giftgasunfall bei Union Carbide in den USA - offenbar kennzeichnend ist. Es muß wohl immer erst zu einer Umweltkatastrophe kommen, ehe in den Chefetagen der Chemieunternehmen Einsicht und Vorsicht einkehrt.

Angesichts der hohen Gefährlichkeit von DDT kann die Frage, ob wir unsere Kinder vor DDT schützen müssen, nur mit einem eindeutigen Ja beantwortet werden, und das gleiche gilt auch für die Kinder in der Dritten Welt. Der chemischen Industrie aber wäre zu raten: Hände weg vom DDT-Gesetz!

(-/20.8.1985/rs/ks)

+ + +

